

Rainer Bartel

Kurzfassung

Wachstum von Produktion und Beschäftigung müssen nicht hinreichen, um nicht (mehr) in der Krise zu sein. Hinter den nüchternen Zahlen amtlicher Statistik verbergen sich womöglich ungeahnte Kosten der Krise. Vielleicht ist es uns ganz recht, die unmittelbar von der Krise Betroffenen selbst für ihr Leid verantwortlich zu wähen. Im Gefolge der aktuellen Wirtschaftsprobleme bietet sich ein Blick zurück in die kurze und lange Vergangenheit an, der auf kurz- und langfristige Ähnlichkeiten hindeutet. Einerseits stehen bislang missachtete warnende Stimmen kristischer ÖkonomInnen wie Hyman Minsky höher im Kurs und werden Konjunkturprogramme keynesianischer Art realisiert. Andererseits lassen wir die Finanzmärkte nahezu ungehindert weiter an ihrer Dominanz gegenüber staatlicher Wirtschaftspolitik arbeiten und streben auch deshalb nach baldigem Budgetausgleich über Ausgabeneinsparungen bei fast unveränderter Steuermanier. Haben wir der zentralisierten Geld- und Währungspolitik Dezentrales sinnvoll zur Seite zu stellen? Eine Zentralisierung nationaler Wirtschaftspolitiken bei der EU dürfte weitere Gefahren bergen. Es geht längst und immer mehr um die verschleppte Grundsatzfrage, was wir gesamtwirtschaftlich für entscheidend halten und was wir unter EU-Wirtschaftspolitik verstehen wollen. Danach sowie mit Blick auf mögliche Korrekturen sollten die Institutionen ausgerichtet werden. Die Zeit von Alibi-, Ersatzhandlungen und Symptomkuren sollte bald enden. Wer hat die besseren Argumente, wer die größere Resistenz gegen Änderungen?

Autor

Dr. Rainer Bartel ist Dozent am Institut für Volkswirtschaftslehre der Johannes Kepler Universität Linz.

Hurra, wir sind aus der Krise!

Sind wir das?

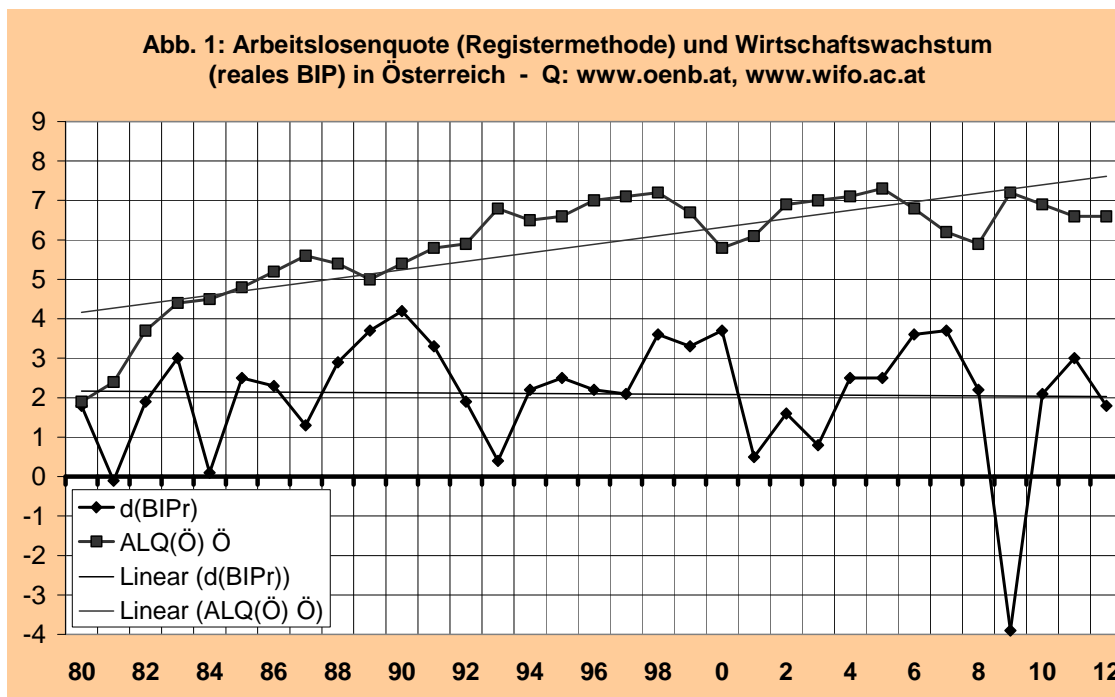
Und wie lange noch?

Rainer Bartel

1. Was ist schon Krise?	2
2. Wie Wirtschaft war und noch ist: Märkte und Politik.....	5
3. Worum es wohl geht oder gehen sollte	10

1. Was ist schon Krise?

In einer wachsenden Wirtschaft, wie der von uns gewohnten, können Krisen – also stark unerwünschte Zustände – auch bei geringen, aber positiven Wachstumsraten von Produktion, Beschäftigung und Einkommen diagnostiziert werden. Beachten wir dazu auch noch die unterschiedlich verlaufenden Trendlinien (Abb. 1).



In Phasen niedrigen Wirtschaftswachstums steigt nämlich die Arbeitslosenquote, weil (a) Arbeit sparerer technischer Fortschritt es erlaubt, dieselbe Produktion mit weniger Arbeit herzustellen, und weil (b) immer mehr Menschen am Erwerbsleben teilnehmen wollen, aber nicht alle von ihnen es schaffen, einen Arbeitsplatz zu bekommen.

Außerdem wird die Zunahme der Beschäftigung an der Anzahl jeglicher Arbeitsverhältnisse gemessen, nicht in Vollzeitäquivalenten zu 36 Stunden, und auch nicht nur von Jobs, die keine *working poor* produzieren.¹

In Anbetracht all dessen ist Stagnation (Nullwachstum) ohne allgemeine Arbeitszeitverkürzung ein Problem für die Beschäftigung, ein Faktor der Arbeitslosigkeit. Denn Arbeitslosigkeit ist faktisch stattfindende Arbeitszeitverkürzung. Im Krisenjahr 2009 wurden erfolgten, wohl auch unter dem Druck hoher Arbeitslosigkeit, relativ viele Unternehmensgründungen; ihnen standen aber mehr Schließungen gegenüber, mit negativem Arbeitsplatzsaldo.²

In der Volkswirtschaftslehre kommt es sehr auf das Verhältnis zwischen Einzelmensch und Gesamtwirtschaft an. Was vermag daher erstens die von der Krise unmittelbar betroffene Einzelperson selbst dagegen zu tun, und was kann nur gemeinschaftlich – staatlich koordiniert – erreicht werden: sowohl für das Individuum als auch für die ganze Gesellschaft. Leicht schreiben wir Arbeitslo-

sigkeit den Betroffenen als selbst verschuldet zu und unterschätzen den Bedarf an gemeinschaftlicher Anstrengung zur Krisenüberwindung. Dies gebührend zu berücksichtigen, ließe die Wirtschaftspolitik engagierter und zielgerichteter ausfallen.

Zweitens fragt sich, wie Leid des Individuums das kollektive Wohlergehen beeinträchtigt. Nüchterne Zahlen wie Veränderungsraten des realen (= kaufkräftigen) Einkommens und Veränderungen der Arbeitslosenquoten (noch dazu ausgehend von vergleichsweise geringen Niveaus von Arbeitslosigkeit wie in Ober-/Österreich) vermitteln uns zu wenig. Diese Bilder erfassen die soziale Realität – grob gesprochen: Freud und Leid, ökonomisch gesprochen: Nutzen und Kosten – unserer Gesellschaft eher schwach. Kosten der Krise ist ein eher weit gefasster und deshalb umso wichtigerer Begriff. Er leidet allerdings darunter, dass diese Kosten umso schwerer zu quantifizieren sind, je mittelbarer sie wirken. Deshalb bleibt oft ein wesentlicher Teil des gesellschaftlichen Übels Unterauslastung der Wirtschaft aus unserer Wahrnehmung ausgeblendet. Wir mögen also die Kosten der Krise systematisch unterschätzen und dazu neigen, uns mit niedrigem Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zufrieden zu geben.

Doch zum ersten haben wir durch wieder ansteigendes Wachstum das Ausgangsniveau unseres Wohlstands vor der Krise wohl eben erst erreicht (reales BIP in Österreich 2008: 267,465, 2009: 257,065, 2010: 262,535, wifo-Prognose für 2011 vom Juli 2011: 270,411 Mrd. €).³ Zum zweiten sind die zwischenzeitlich eingetretenen Wohlstands- und Beschäftigungseinbußen unwiederbringlich verloren, selbst bei nachfolgend hohen Wachstumsraten, die ja ohne Krise auch – höchst wahrscheinlich sogar noch höher – aufgetreten wären.⁴ Zum dritten sind die wieder geschaffenen Arbeitsverhältnisse noch Jahre danach von schlechterer Passgenauigkeit zur Person als vor der Krise (*sullyng effects of recessions*).⁵ Zum vierten, aber nicht zuletzt, ist mit zunehmenden Wachstumsraten noch gar nichts über die Entwicklung der Wohlstandsverteilung gesagt.⁶

Die gesellschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit, das sind ihre gesamten, volkswirtschaftlichen Kosten, umfassen (a) neben den individuellen Kosten, die von den unmittelbar von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit Betroffenen zu tragen sind, (b) auch die externen Kosten der Arbeitslosigkeit, welche vor allem, jeweils mehr oder weniger, alle anderen treffen.

- (a) „Trotz Transferzahlungen tritt oft ein empfindlicher Einkommensverlust ein und bringt den Arbeitslosen Sorgen und Scham. Darüber hinaus sind die Transfereinkommen der Arbeitslosen bei vorheriger Teilzeitarbeit oder prekärer Beschäftigung noch geringer.

Qualifikationsverlust entsteht durch Nichtausüben und somit Nichtüben einer Fähigkeit. Die Dequalifikation kann sich in Form von Einbußen an künftigen Beschäftigungsmöglichkeiten und Erwerbseinkommen auswirken. Zur Erhaltung der Qualifikation sind ‚Lerninvestitionen‘ erforderlich, die sich aber nicht rechnen, wenn die sich Fortbildenden letztlich doch keine Erwerbsarbeit finden. Es entstehen zudem auch Kosten für die Suche nach Arbeit. Die Suchkosten wirken sich besonders nutzenmindernd aus, wenn die Transfereinkommen limitiert sind und nach Auslaufen der Anspruchsfrist schließlich fehlen.

Der Umgang mit dem sozialen Umfeld gestaltet sich schwieriger, Arbeitslose werden mit einem Makel verbunden (‚Stigmatisierung‘) und tendenziell an den Rand der Gesellschaft gedrängt (‚Marginalisierung‘), sie empfinden deshalb Schande und Ablehnung v. a. durch jene, die Arbeitslosigkeit weder kennen noch fürchten; allein wegen des verstärkten Wohlstandsgefälles zu ihrer Umwelt kommt es quasi zu einem Ausschluss aus der Gesellschaft (‚soziale Exklusion‘). Folgen davon sind die Verminderung des Selbstwertgefühls (...), vermehrte psychische und psychosomatische Erkrankungen sowie stärkere Neigung zu Depressionen und Suizid. (...)

- (b) Es kommt zu erhöhten budgetären Belastungen, sowohl in Form induzierter Sozialausgaben (v. a. Arbeitslosengeld und Notstandshilfe) als auch als Entfall öffentlicher Einnahmen (es wird weniger produziert, verdient und konsumiert, so dass entsprechend weniger Lohn- und Einkommenssteuern, Sozialversicherungsbeiträge und Verbrauchssteuern bezahlt werden.

Eine verringerte Güterversorgung ist die Folge einer Produktion, die niedriger ist, als sie sein müsste (der tatsächliche Output liegt unter dem ‚Potentialoutput‘). Höhere Importe zur Kompensation der geschmäleren inländischen Güterversorgung scheitern am dafür zu geringen Einkommen.

Auf Grund nicht eingesetzten Humankapitals kommen weniger Produktions-, Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zustande. Die geringere Anzahl der menschlichen Interaktionen im Beruf lässt auch weniger Überschwapp-effekte (*spillovers*) an Produktivität und Innovation entstehen. (...)

Die Unternehmen reagieren auf krisenhafte Entwicklungen kostenseitig oft mit einem maximalen Abbau ihrer Beschäftigung (*downsizing*), speziell auch im Führungsbereich aller Ebenen (*lean management*). Dadurch beschleunigt sich mit der Arbeitsverdichtung der verbliebenen Beschäftigten auch deren Nutzenverlust. Noch dazu büßen die Beschäftigten wegen der durch Arbeitseinsparungen erzwungenen Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes auch Zeitsouveränität und soziale Absicherung ein. Weitere Einbußen an Wohlfühl ergeben sich durch die krisenbedingt gestiegene Angst vor Arbeitsplatzverlust, die v. a. im sekundären (schlechten) Sektor des Arbeitsmarktes und speziell bei ArbeiterInnen nicht unbegründet ist.

Das bloße Faktum einer durch die Arbeitslosigkeit ungleicher gemachten Wohlstandsverteilung macht auch Beschäftigte weniger glücklich. Dies passiert deshalb, weil der Individualnutzen auch durch den Faktor ‚Wohlstand der anderen‘ gemehrt wird.

Letztlich kann hartnäckige, bedrückende und Hoffnungen raubende Arbeitslosigkeit zu einer verstärkten Kriminalitätsneigung sowie zu Marginalisierung und Radikalisierung in politischer Hinsicht führen – und zwar sogar ziemlich unabhängig vom Ausbaugrad des Wohlfahrtsstaates.“⁷

2. Wie Wirtschaft war und noch ist: Märkte und Politik

Ein Blick zurück lohnt, um einzuschätzen, wie wahrscheinlich es sein dürfte, falls wir tatsächlich aus der Krise heraußen sind, (immer) wieder in eine neue hineinzuschlittern. Eine Charakteristik bereits der Ersten Weltwirtschaftskrise (WWK1) ab 1929 war die rasche Erholung der Produktionsmengen im Vergleich zur Beschäftigung.⁸ Hätten damals v. a. Großbritannien (sozialer Wohnbau), die USA (*New Deal Program*) und Deutschland (Infrastruktur- und – leider – Aufrüstungspolitik) keine aktive Konjunkturpolitik (*demand management, deficit spending*) betrieben, wäre wohl auch die Mengenkrise länger und tiefer ausgefallen, mit den entsprechend langwierigen Konsequenzen für die Arbeitslosigkeit und das Soziale. Diese Art wirtschaftspolitischer Intervention wurde, trotz aller immer wieder an ihr geübten und seit der „Staatsschuldenkrise“ wieder aufkommenden Kritik, doch Standard für schwerere Krise, von den Ölpreiskrisen der 1970er Jahre bis zur jüngsten Krise, und hat Dauer und Schwere wesentlich abgekürzt.

In der Zwischenzeit, gut 75 Jahre nach WWK1, ist der Finanzmarkt nahezu explodiert: zum einen quantitativ, zum anderen krisenhaft. Erstens spielen hinsichtlich Marktregulierungen so genannte wirtschaftsnahe PolitikerInnen und die von ihnen beigezogenen ExpertInnen – WirtschaftspraktikerInnen mit ausgeprägten Eigeninteressen – im Rahmen der Liberalisierung (und somit der hausgemachten Globalisierung) eine maßgebliche Rolle.⁹ „Die wichtigsten Kanäle für die internationale Krisenausbreitung sind die internationalen Kapitalflüsse und global agierende Banken.“¹⁰

Der Finanzmarkt wird zum effizienten Finanzierer stilisiert, obwohl schon Keynes 1936¹¹ eine Fehlausrichtung auf destabilisierende Spekulation disgnostizierte. „Othmar Karas, langjähriger EP-Abgeordneter und Vizepräsident der Europäischen Volkspartei, stimmte Matznetter zu, dass das demonstrative Nicht-handeln der Kommission inakzeptabel sei. Es gebe Grün- und Weißbücher für alles Mögliche, nur in einer derart wichtigen Frage sei die Kommission auffällig untätig. Er rief die Kommission zum Handeln auf. Gleichzeitig betonte er, dass eine gründliche Analyse der Ursachen der Krise wichtig sei.“¹² Dennoch überging man zu leichtfertig die strukturellen (institutionellen und technischen) Änderungen auf dem Finanzmarkt. In der Folge wurden bspw. einzelne Hypothekarkredite zu Bündeln zusammengefasst und als sicher unterlegte Anlagepakete den institutionellen FinanzanlegerInnen (allzu) schmackhaft gemacht.

„18. September 2007. Die meisten Teilnehmer an den Finanzmärkten stehen im Ruf, eher Praktiker als Theoretiker zu sein. Zurzeit jedoch feiert in den Bankentürmen ein Ökonom seine Auferstehung, der zu Lebzeiten kaum bekannt war: Hyman P. Minsky. (...) Minskys Krisentheorie sieht so aus: In langen Zeiten wirtschaftlichen Wachstums verlieren Banken, Unternehmen und Konsumenten das Gefühl für Risiko und beginnen, von der Gier nach immer höheren Gewinnen getrieben, sich immer mehr in gewagte Finanzierungen zu stürzen. Unterstützt wird diese Neigung nicht nur durch einen Herdentrieb, sondern auch durch den unerbittlichen Wettbewerb zwischen den Banken, der zur Erfindung neuer Finanzprodukte beiträgt und zu Versuchen der Banken, herrschende Regulierungen zu umgehen. (...) Die Finanzmärkte beginnen in dieser Phase, heiß

zu laufen, ohne dass die Brisanz der Lage deutlich würde. Daueroptimisten melden sich zu Wort, typischerweise mit Äußerungen wie: ‚Es gibt keinen Konjunkturzyklus mehr. Von jetzt an wird die Wirtschaft ohne Pause wachsen.‘ (...)

Minsky unterschied zwischen drei Arten von Kreditnehmern. Neben Schuldnern, die in der Lage sind, ihre Kredite zu bedienen und zurückzuzahlen, gibt es eine wachsende Zahl spekulativ eingestellter Schuldner, die zwar Zinsen zahlen, aber ihre Kredite nicht tilgen können und damit auf eine stete Verlängerung ihrer Darlehen angewiesen sind. Schließlich taucht im Konjunkturboom eine dritte Art von Kreditnehmern auf, die Minsky nach einem berühmten amerikanischen Schwindler ‚Ponzi-Schuldner‘ nannte: Das sind Unternehmen oder Privatpersonen, die zu arm sind, um auf ihre Kredite auch nur Zinsen zu zahlen. Sie bauen alleine auf erwartete Preissteigerungen der Vermögensgüter, die sie auf Kredit gekauft haben. In der aktuellen Situation zählen hierzu einkommensschwache Besitzer von Häusern in Amerika, deren Hoffnung auf steigende Häuserpreise sich nicht erfüllt hat und die nun nicht über die Mittel verfügen, um ihre Kredite zu bezahlen. (...) Das Ende der Party kann dann ein eigentlich nebensächliches Ereignis auslösen, das die gesamte Finanzbranche in eine Krise stürzt.“¹³

Die seit Mitte 2006 steigenden Anteile der Wohnkredite, die nicht mehr bedient werden konnten und abgeschrieben werden mussten, haben im Lauf eines Jahres an sich keine Ausmaße angenommen, welche den relativ ertragsstarken US-Bankensektor tatsächlich in ihrer Existenz gefährden können.¹⁴ Die wesentlichen Probleme liegen wohl woanders. Nach Zinssatzsteigerungen für Hypothekarkredite an KonsumentInnen mit schlechter Bonität (*subprime mortgage rates*) folgte, dadurch bedingt, eine noch einmal vermehrte Zahlungsunfähigkeit (*default*) von EigenheimbesitzerInnen bei der Bedienung ihrer Schulden. Es kam zum einen zu einem Preisverfall auf den US-Immobilienmärkten, der die Sicherheiten (Hauspfand, Hypotheken, *mortgages*) für die Banken schrumpfte, so dass die Banken wegen der Zahlungsausfälle erhöhte Risikoaufschläge verrechneten, welche die Kreditzinsen für die HausbesitzerInnen abermals steigerten ... Ein Henne-Ei-Problem, doch jedenfalls gibt es eine weiter verstärkte Rückkoppelung. Und zwar nehmen die institutionellen InvestorInnen im Unterschied zu den individuelle Kredite vergebenden Banken (österreichisch: ‚Hausbanken‘) keine Verhandlungen mit den insolventen KreditnehmerInnen zur Erreichung von beiderseitig vorteilhaften Notlösungen auf. Diese Aufgabe wäre wohl zu komplex bzw. für eine Institution des raschen Kaufens und Verkaufens von Kreditbündeln zu langwierig. So gehen beide Seiten relativ schlecht aus der Misere hervor.

Unverzögert war es denn zu einer Liquiditätskrise auf den internationalen Finanzmärkten gekommen. Die liquiditätspolitischen Maßnahmen der Zentralbanken waren anfangs nicht berauschend, sondern eher zurückhaltend, wohl um ja keinen Anlass für eine Krisenstimmung und Panikreaktionen zu geben. Außerdem wanderte die von den Zentralbanken in weiterer Folge immer stärker zusätzlich zur Verfügung gestellte Liquidität nicht in Bankkredite an Nichtbanken, sondern in die kurzfristigen Liquiditätsreserven der Banken.¹⁵ „09.08.2007: (...) ‚Die europäischen Banken halten ihre Liquidität fest, weil sie nicht wissen, was durch die US-Krise noch passiert‘ (Andreas Biewald, Director Capital Markets bei Dresdner Kleinwort). ‚Es ist ein Verteilungskampf der Banken um Liquidität.

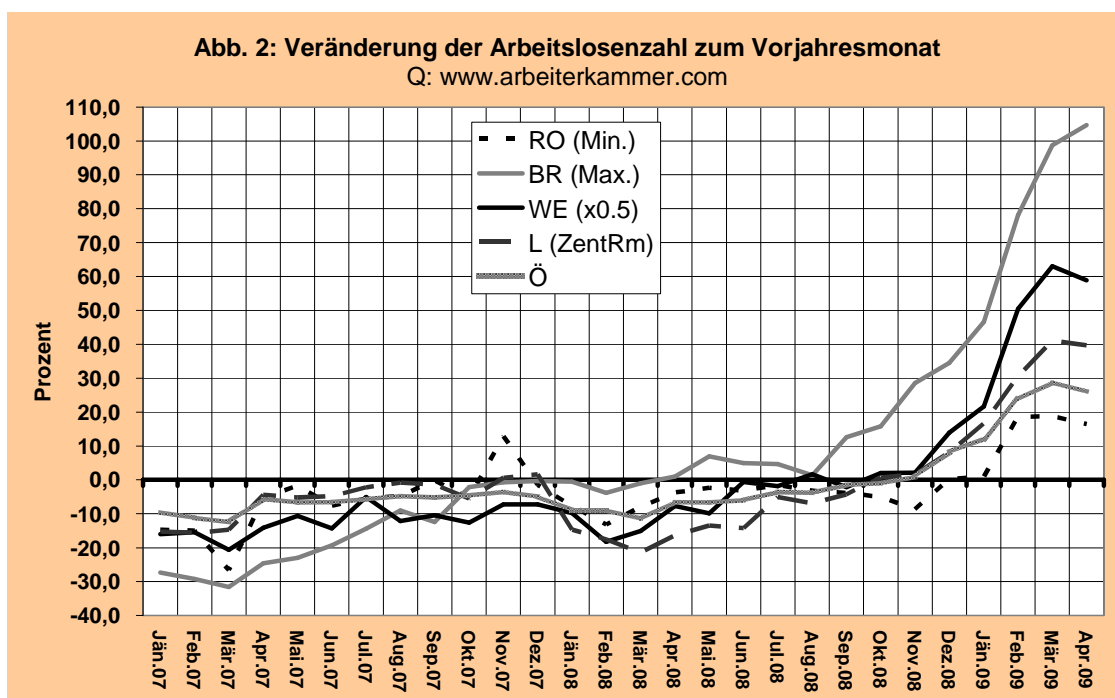
Alle wollen bunkern' (Harald Bänisch, Chefhändler der HypoVereinsbank). ‚Eigentlich wäre genug Liquidität im Markt (...), aber die Banken wollten ihre schlechten Titel loswerden (Bänisch).‘¹⁶ „20.08.2007: Die europäischen Banken (relativ wenig die österreichischen) seien wie die US-Banken beeinträchtigt worden, weil sie ihre Ertragsmargen durch Risikoinvestitionen in den USA hochhebeln wollten.“¹⁷ „Als ‚Minsky-Moment‘ bezeichnet man eine Phase, in der Kreditgeber äußerst vorsichtig mit neuen Ausleihungen werden und in der Folge nicht nur wirtschaftlich schwache, sondern auch eigentlich solide Finanzhäuser beginnen, in Schwierigkeiten zu geraten. Finanzhäuser, die keine Kredite mehr erhalten, sind gezwungen, sich von rentablen Anlagen zu trennen, deren Kurse dadurch unter Druck geraten.“¹⁸

So breitet sich erstens eine „Kreditklemme“ (*credit crunch*) über finanzielle, Handels- und Standort-Verbindungen aus. „Immer wieder treten Unternehmen oder Betriebsräte an mich heran und klagen über fehlende Kredite. Vielen Betrieben steht deshalb das Wasser bereits bis zum Hals!“¹⁹ Zweitens wurden freilich die Aktienbörsen unruhig. Deshalb konnten sich die Fertigungsunternehmen nicht mehr so leicht oder günstig zusätzliches Eigenkapital auf dem Aktienmarkt besorgen und waren daher in ihrer Geschäftspolitik beeinträchtigt – obwohl die Realwirtschaft noch nicht so schlecht lief. In einer „Blase“ von Kursen spielen aber ökonomische Grunddaten (*fundamentals*) eine geringe Rolle. Es kommt eben nur darauf an, im Aufschwung möglichst bald (d. h. billigst) für die KundInnen der institutionellen InvestorInnen zu kaufen und möglichst knapp vor dem Abschwung (Platzen) der Blase (d. h. ertragsmaximal) zu verkaufen. Zudem stehen die für *profit centers* verantwortlichen ManagerInnen persönlich unter hohem Gewinnerzielungsdruck und werden daher aus verständlichen Arbeitsplatz- und Karrieregründen zum Eingehen relativ hoher Risiken verleitet.

Ein wichtiges Ergebnis des Keynesianismus ist: Money does matter. Geld und andere Finanzaktiva liegen nicht nur unbedeutend „wie ein Schleier“ über der realen Wirtschaft, wie das die ökonomischen Klassiker formuliert haben. Vielmehr haben monetäre Faktoren reale Auswirkungen – zumindest auf kurze bis mittlere Sicht.²⁰ Auf der realwirtschaftlichen Seite bedeutete der Vermögensverlust der HausbesitzerInnen einen negativen Einfluss auf den Konsum und in der Folge die Investitionen und letztlich für den Wohlstand, insbesondere im Land der Eigenheime und mangelnden Sozialabsicherungen (Armutgefährdung). „Zunächst muss man bedenken, dass nur etwas mehr als ein Drittel der Arbeitslosen in den USA überhaupt Arbeitslosenhilfe bekommt. Es gibt viele, die keinen Anspruch darauf haben.“²¹ Diese Entwicklung im Mittelstand zeichnete sich schon ein Jahr vor der akuten Finanzmarktkrise ab und wurde in der Folge auch teils als bedrohlich erkannt, blieb aber wirtschaftspolitisch unbehandelt. Man kümmerte sich nicht um diese spezifische Armutgefährdung und setzte auf eine noch ungebrochen hohe allgemeine Konsumneigung und den schwachen, exportfreundlichen Dollar. „(Es) seien Umschuldungsprogramme für die speziell und hart getroffenen Privathaushalte wirtschaftspolitisch zu gewährleisten, wie das aus der Entwicklungszusammenarbeit bekannt ist.“²² Doch dies kam erst sehr spät, wohl zu spät.

Nach einer vorübergehenden Beruhigung auf den Finanzmärkten kam es ein Jahr später, im Jahr 2008, in Fortsetzung der ersten Krise zu einer neuen glo-

balen, aber noch verschärften Finanzmarktkrise, welche die Weltwirtschaft 2009 in die tiefste Krise seit 1929, seit 80 Jahren, stürzte. Die Krisenansteckung trifft freilich besonders hart auch das ungewöhnlich exportorientierte und exportabhängige Österreich, v. a. Oberösterreich, dessen Banken zudem eine betonte Ausbreitungspolitik insbesondere im osteuropäischen Raum unternommen hatten. Das hat freilich auch unangenehme Konsequenzen für Arbeitsmarkt und Beschäftigung. Die Arbeitslosenzahlen in Österreich, mehr noch in Oberösterreich und am meisten in einigen oberösterreichischen Arbeitsmarktbezirken veränderten sich erdrutschartig und schossen in bislang unbekanntem Tempo in die Höhe (Abb. 2). Selbst bei hervorragend niedrigen Ausgangswerten für die Arbeitslosigkeit löste diese Entwicklung eine Art Schock, aber auch namhafte beschäftigungspolitische Reaktionen aus.



Zumindest Österreich erholt sich mittlerweile relativ rasch von der realwirtschaftlichen Krise, hört und sagt man.²³ Allerdings weder Deutschland noch die USA als bedeutende Handelspartnerländer Österreichs tun dies bislang, und sogar die Weltwirtschaft schwächelt. „Die Dynamik der Weltwirtschaft ließ zuletzt weiter nach. In den USA wuchs die Wirtschaft im zweiten Quartal gegenüber dem Vorquartal mit 0,2 Prozentpunkten neuerlich mäßig (erstes Quartal +0,1), (...). Erstmals seit der Finanzmarktkrise 2008/09 schwächte sich auch die Wirtschaftsaktivität der asiatischen Schwellenländer deutlich ab“.²⁴

Dennoch – wie einst in der ersten Weltwirtschaftskrise – wurden die massiven wirtschaftspolitischen Bemühungen zur Konjunkturstabilisierung (*demand management, deficit spending*) schon bei der ersten Erholung (2010/2011) gebremst oder umgekehrt (verringerte Kreditaufnahme bzw. Überschüsse der öffentlichen Haushalte). Damals, 1938, erfolgte deshalb eine zweite, kleinere Rezession (*double dip*), die – so steht zu hoffen – sich ab 2011/2012 nicht einstellen möge. Das Wirtschaftsforschungsinstitut bezeichnete die Situation schon voriges Jahr als positiv (wegen Erholungstendenz aus der Krise), aber riskant

(weil durch die staatlichen Budgetausgleichsbestrebungen gefährdet).²⁵ Diese Gefahr trägt immerhin auch zur Verunsicherung der Aktien- und sonstigen Finanzmärkte bei und gibt den Derivatbörsen die erforderliche Flatterhaftigkeit zum großen Gewinnmachen für einige. Immerhin beeinträchtigen die globalen Finanzmärkte die Wirtschaftspolitiken massiv.

„Handelsblatt – MorningBriefing, 18. August 2011. (...) die wahre Opposition zur Regierung sitzt nicht im Deutschen Bundestag. Sie sitzt an den Finanzplätzen Frankfurt, New York, London und Fernost. Es ist uns zur Gewohnheit geworden, dass ‚die Märkte‘ das Ko-Referat zur Regierungspolitik halten.“²⁶ 19. August 2011. Handelsblatt – FinanceToday schreibt: „Börsen-Crashes: ‚Da draußen herrscht Krieg!‘ Der Dax hat den gestrigen Handelstag mit dem größten Tagesverlust seit fast drei Jahren beendet. Einzelne Dax-Aktien stürzten um zehn Prozent ab. Auch die US-Börse schrieb rote Zahlen. Am Ende des Tages wurde überall gerätselt, was den Sturz ausgelöst hat. Ein ‚Fat Finger‘, also eine fehlerhafte Ordereingabe? Schlechte Konjunkturdaten aus den USA (...) plus negative Aussichten für die Weltwirtschaft? Oder die vom Wall Street Journal berichtete Sorge der US-Notenbank, die Euro-Krise könnte über den Interbankenmarkt in die USA überschwapen? Die Angst sei berechtigt, schreibt die *Financial Times*. Das Scheitern der EU-Politiker, die Schuldenkrise zu lösen, sei ein Risiko für die globale Stabilität des Finanzsystems. Das Börsenbeben sei ein weiteres Warnsignal der Märkte, analysiert das Handelsblatt. Trotz aller Beteuerungen der europäischen Regierungen glaubten die Märkte nicht, dass die Europäer der Lösung der akuten Schuldenkrise wirklich näher gekommen sind. ‚Da draußen herrscht Krieg‘, zitiert *CNN Money* den Analysten Frank Davis (*LEK Securities*). Reuters wehrt sich gegen den Begriff ‚Panik‘ – dagegen spreche, dass es aktuell Übernahmen wie Google/Motorola gebe.“²⁷

Im August 2011 halten einige BeobachterInnen es zwar nicht für sicher, aber immerhin auch nicht mehr für ausgeschlossen, dass eine weitere Finanzkrise entsteht und die Weltwirtschaft abermals im (Kredit-)Griff halten wird. Immerhin dürfte ein gerüttelt Maß an volkswirtschaftlicher Irrationalität im globalen Finanzraum stehen, wenn Staatshaushalte wieder wie private Konsumhaushalte betrachtet werden, die sich langfristig nicht verschulden könnten. Allein der Glaube daran zeigt Wirkungen, die die Verzinsung von Staatsanleihen in absurd hohe, selbstzerstörerische Höhen multiplizieren.²⁸ Staatsausgabeneinsparungen können durch erhöhte Zinsausgaben gleichsam in ihrer Budgetwirksamkeit verdampfen – ohne damit die Güternachfrage nennenswert zu erhöhen.²⁹

Dabei ist die reale Weltwirtschaft noch nicht wirklich aus der Krise herausen, wie wiederum andere meinen; und das jüngst zusätzlich geplante US-Konjunkturprogramm Obamas ist wie Tropfen auf heiße Steine und sollte wohl die wirtschaftliche Stimmungslage zu verbessern helfen: „Alles was an expansiver Nachfrage-Stützung in den USA passiert, ist positiv. Denn die momentane Entwicklung geht genau in die Gegenrichtung, die Bundesstaaten kürzen ihre Budgets, entlassen ihre Lehrer, ihre Polizisten, schließen Museen, kürzen Sozialleistungen. Das sind alles sehr negative Zeichen für die Konjunkturentwicklung der nächsten zwei Jahre. (...) Im Großen und Ganzen ist das Paket sehr, sehr klein, in der Relation zum BIP. 300 Milliarden zu etwa 14.000 Milliarden Dollar. Damit kann man höchstens die bestehende Abwärtsentwicklung etwas

bremsen. (...) Die großen Konzerne sitzen zurzeit auf gewaltigen Liquiditätsreserven und weigern sich massiv zu investieren. Angesichts der schwachen Nachfragesituation ist das natürlich zu verstehen, aber gleichzeitig schwingt ein gewisses politisches Ressentiment gegen die Obama Administration sicher mit. Ich glaube, wir werden weitere zwei Jahre schwaches Wachstum, wenn nicht eine Rezession, in den USA erleben.“³⁰

Der dominierende analytische Ansatz der Neoklassik ist ein mikroökonomischer. Sie befasst sich – als ökonomischer *mainstream* – mit dem wirtschaftenden Individuum (*representative agent*, oft *homo oeconomicus*) und seinem Verhalten jeweils unter typischen Marktformen. So analysiert der *mainstream* die Gewinn maximierende Einzelunternehmung oft wie einen *homo oeconomicus*, den Staat wie ein Unternehmen (PolitikerInnen wie „politische UnternehmerInnen“ und daher auch wie einen eigennütigen *homo oeconomicus*), den Staatshaushalt wie einen privaten Konsumhaushalt und die Gesamtwirtschaft wie eine Einzelunternehmung.³¹ Mit erstaunlichen Ergebnissen: *“In the Chicago economics classrooms of the 1930s, markets always cleared. Yet some students and teachers knew they had to reconcile theoretical dogma with the depression misery around them.”*³²

Vor diesem wissenschaftlichen Hintergrund zeigt sich mit bisher ungekannter Deutlichkeit, dass die Märkte der demokratisch legitimierten und mit einem Mandat zur sozialen Gestaltung der Gesellschaft ausgestatteten Politik das Heft aus der Hand genommen haben. Das schuf und schafft Institutionen zur Fesselung aktiver Wirtschaftspolitik. „Die Defizit-Sperren in den Bundesstaaten (der USA; Anm.) sind der eigentliche Mechanismus für die prozyklische Wirkung der fiskalischen Politik. Die Bundesstaaten sind es nämlich, welche die wichtigsten Investitionen in die Infrastruktur, zum Beispiel in die Verkehrswege, tätigen. Die Fiskalpolitik verschärft im Augenblick massiv die Krise, trotz der viel zu zaghaften Versuche der Obama-Administration gegenzusteuern.“³³ So manche in der EU wollen Defizitsperren haben und wollen die Käufe europäischer Staatsanleihen beendet und umgekehrt, Eurobonds und einen Europäischen Währungsfonds als Totgeburt sehen. Jedenfalls wird es spannend, ob wir den Primat der Politik über die Märkte wieder herstellen wollen oder ohnehin nicht. Wenig ermunternd erscheint, dass die Europäische Zentralbank wieder mit Zinssteigerung begonnen hat, obwohl die Inflation hauptsächlich importiert ist, die Zinserhöhung aber im Inland die Krise schüren.³⁴

3. Worum es wohl geht oder gehen sollte

Alan Greenspan, früherer Präsident des *US Federal Reserve System (Fed)* vor nunmehr Ben Bernanke, spricht schon vom Ende des Euro.³⁵ Vielleicht ist das ein weiteres Mal typisch für eine US-Grundhaltung, dass der Euro keine Konkurrenz für den US-Dollar bilden sollte.³⁶ Vielleicht ist es aber auch ein Einsehen, dass die europäische Politik eine gemeinsame Währung ohne wirksame und zweckmäßige Regeln eingeführt hat. Denn Einheitswährung, einheitlicher Markt und Wettbewerb dürften allein nicht hinreichen, den Zentralismus der

Geld- und Währungspolitik mit dem Dezentralismus der anderen Wirtschaftspolitiken zu harmonisieren. Doch auch die Lösung dieses Problems ist zwiespältig.

Eine europäische Zentralregierung im Bereich der Wirtschaftspolitik, vornehmlich Budgetpolitik, gebildet aus den nationalen Regierungen, widerspricht generell noch stärker als bisher den Vertrauensbedingungen der BürgerInnen (Stichwort Demokratiedefizit³⁷). Sie birgt speziell die Gefahr, dass hartnäckige Marktideologie weit radikaler umgesetzt wird als bislang („eine stille neoliberale Revolution“).³⁸ Aber ohne effektive Regulierung des Finanzmarktes dürfte andererseits die – angesichts des geld- und währungspolitischen Zentralismus – nötige Flexibilität national differenzierter wirtschaftspolitischer Gestaltung systematisch zu den Finanzmarkt- und Budgetkrisen zurückführen.

Freiwillig und ergebnisoffen, flexibel und reversibel wären koordinierte nationale Politiken (Steuern und Soziales, Wirtschaftsförderung und Budget, ...) in der Gemeinschaft ideal; sie sind aber unrealistisch. So rasch können Politik und EU-Administration nicht umlernen. Also dürfte es höchst an der Zeit sein, Grundfragen zu stellen und zu beantworten, ohne dadurch bloß eine Krise herbeizureden. Es geht um ein neues, in jeder, auch in sozialer Hinsicht nachhaltiges Gemeinschaftsverständnis in Europa. Als ein erster und ganz zentraler Ansatz dazu ist die Idee eines Europäischen Währungsfonds,³⁹ der dann auch mit dem Konzept von Eurobonds arbeiten könnte, ohne dass nationale Egoisten es mit ihren Vetos kategorisch abblocken können sollen. Damit sollte volkswirtschaftliche Rationalität (*stakeholder responsibility* statt *shareholder mentality*) wieder verstärkt Einzug halten und Wirkung entfalten. Allerdings müsste der Fehler vermieden werden, konkrete wirtschaftspolitische Konzepte quasi im Verfassungsrang festzuschreiben,⁴⁰ sonst können Maßnahmen nicht entsprechend flexibel gestaltet werden, um problemadäquat zu wirken.

Zwar steht ein Zusammenbruch des Euro realwirtschaftlich nicht zu erwarten, aber der Finanzmarkt könnte der Realwirtschaft wieder erheblich schaden – nicht zuletzt im Wege der erzwungenen scharfen Budgetkonsolidierungen. „(...) alle reden von ‚der Weltwirtschaft‘, dabei hat sie zwei sehr unterschiedliche Abteilungen: die Realwirtschaft und das Finanzgewerbe. Überall, wo echte Menschen echte Produkte herstellen, brummt die Wirtschaft. Dort aber, wo die Finanzexperten der Banken am Werke sind, kommt die Wirtschaft aus dem Knirschen nicht heraus. Der Banker ist vom Dienstleister zur Bedrohung geworden. (...) Oder wie der Vorstandschef eines deutschen Geldhauses sich (...) ausdrückte: ‚Wir sind wie der Hund, der sein Herrchen angreift.‘“⁴¹ „Die heftigen Kursstürze von Banken und Finanzwerten erinnern nach Überzeugung von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann an den Herbst 2008.“⁴² „Unicredit-Chef Federico Ghizzoni schlägt im Handelsblatt-Interview Alarm: ‚Institutionelle Geldgeber aus den USA kappen Linien oder frieren Gelder ein.‘“⁴³ Wie sich die Bilder doch historisch gleichen!

Mit kurz einmal verzögerter Keynes-Politik, endlich ein bisschen Finanzmarktregulierung (wie jüngst in Großbritannien und Deutschland vorangetrieben) und baldiger, nicht zuletzt durch die Finanzmärkte bedingter, massiver Budgetkonsolidierung (durch Einsparungen statt Besteuerung nach Leistungsfähigkeit) wird das System nicht wirklich weiterkommen. Werden wir bloß die Augen zu-

kneifen und das Beste hoffen, werden wir Symptomkuren zur Linderung und als Ausdruck wirtschaftspolitischen Gestaltens unternehmen, dann werden wir Zer-rissene bleiben zwischen Stabilität öffentlicher Finanzen und allgemeiner Preis-niveaus einerseits und Stabilisierung hoher Beschäftigung und Realeinkommen andererseits. Die Zeit von Alibi-, Ersatzhandlungen und Symptomkuren sollte bald enden. Wer hat die besseren Argumente, wer die größere Resistenz ge-gen Änderungen?

Anmerkungen

- ¹ Buchinger, E., Csoka, B., Teilzeit – A typische Frauenarbeit?! In: Stelzer-Orthofer, C. u. a. (Hg.innen), Zwischen Wischmopp und Laptop, Wien 2008, S. 63-72
- ² Statistik Austria, 31.8.2011, http://www.statistik.at/web_de/presse/058187 (9.9.2011)
- ³ http://www.oenb.at/de/stat_melders/datenangebot/realwirtschaft/konjunkturindikatore/konjunkt-urindikatoren.jsp#tcm:14-149047 (5.9.2011); das gilt auch für die Gewinne, vgl. Statistik Austria, 9.9.2011, www.statistik.at/web_de/presse/058335 (9.9.2011)
- ⁴ Bartel, R., „Stabilisierung“ und „Stabilität“: im Spiegel ökonomischer Schulen, Linz 2011, <http://ocw.oeh.jku.at/upload/media/110428%20Stabilisierung%20und%20Stabili-tat,%20RB.pdf> (2.5.2011)
- ⁵ Barlevy, G., The Sullyng Effect of Recessions, in: The Review of Economic Studies, Nr. 1/2002, S. 65-96
- ⁶ Bartel, R., Wirtschaftswachstum und Einkommensverteilung, in: WISO, Nr. 3/2003, S. 75-100, http://www.isw-linz.at/media/files/3_2003/LF_bartel_3_03.pdf (9.3.2011); der Aufschwung 2010 geht vor allem in die Gewinne: vgl. Statistik Austria, 9.9.2011, a.a.O.
- ⁷ Bartel, R., Kepplinger, H., Pointner, J., Besser als Neoliberalismus: Solidarische Wirtschafts-politik, Wien 2006, S. 227 ff.
- ⁸ Belabed, C.A., Die große Depression und der New Deal aus makroökonomischer Sicht, Linz 2011
- ⁹ Rothschild, K.W., Gegen das Dogma der Freihandelsideologie, in: Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik (Hg.), Wirtschaftspolitische Alternativen zur globalen He-gemonie des Neoliberalismus, Wien 1997, S. 119-132
Giannone, D., Lenza, M., Reichlin, L., Market Freedom and the Global Recession, ECARES working paper, Nr. 20/2010, <http://www.imf.org/external/np/res/seminars/2010/paris/pdf/giannone.pdf> (5.9.2011)
- ¹⁰ Landesmann, M., Stöllinger, R., Entwicklungen der Weltwirtschaft im Kontext der Finanz-marktkrise, WIIW-Forschungsarbeit, Wien 2009, Abstract, <http://publications.wiwi.ac.at/?action=publ&id=details&%20publ=RPG2009Jan> (18.8.2011)
- ¹¹ Keynes, J.M., The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936, Lon-don New York 1973, S. 158 f.
- ¹² AK Europa, 2007, zit. n. Bartel, R., Kreditkrise, Börsenklima, Realwirtschaft, Arbeitspapier im Büro Landesrat Kepplinger, 3.12.2007, 13 f.
- ¹³ Braunberger, G., Das magische Minsky-Moment, in: FAZ-net, 29. 9. 2007, <http://www.faz.net/artikel/C31151/finanzkrise-das-magische-minsky-moment-30031936.html> (18.8.2011)

-
- ¹⁴ Bartel, R., Kreditkrise, ..., a.a.O.
- ¹⁵ Bartel, R., Finanzmarktkrisenhaftigkeit, Arbeitspapier im Büro Landesrat Kepplinger, 23.8.2007, <http://www.econ.jku.at/members/bartel/files/Finanzkrise.pdf> (18.8.2011)
- ¹⁶ Ebd., S. 2
- ¹⁷ Bartel, R., Kreditkrise, ..., a.a.O., S. 5
- ¹⁸ Braunberger, G., Das magische Minsky-Moment, a.a.O.
- ¹⁹ Kalliauer, J., www.arbeiterkammer.com, 18.3.2009
- ²⁰ Harvey, J.T., Money Growth Does Not Cause Inflation! Blog, 16.5.2011, www.forbes.com/sites/johntharvey/2011/05/14/money-growth-does-not-cause-inflation/ (11.8.2011)
- ²¹ Walther, H., Die Wahl hat Obama schon verloren, in: [derStandard.at](http://derstandard.at), 9.9.2011, <http://derstandard.at/1315005883727/Trotz-Konjunkturprogramms-Die-Wahl-hat-Obama-schon-verloren> (9.9.2011). Und weiter: „Die offizielle Arbeitslosenrate liegt bei neun bis zehn Prozent. Wir haben in Wahrheit eine Unterbeschäftigung von 15 Prozent, vielleicht sogar höher, im Vergleich zum Höhepunkt der Hochkonjunktur. Vor allem Junge, teilzeitbeschäftigte Frauen und ältere Arbeitnehmer haben ihren Job verloren. Aber auch im Niedriglohnsektor gibt es einen massiven Stellenabbau.“
- ²² Krugman, P., 2007, zit. n. Bartel, R., Kreditkrise, ..., a.a.O., S. 11
- ²³ Statistik Austria, a.a.O.
- ²⁴ [derStandard.at](http://derstandard.at), 9.9.2011, <http://derstandard.at/1315005933542/Wifo-Weltwirtschaft-schwaecht-sich-ab> (9.9.2011)
- ²⁵ Ederer, S., Prognose für 2011 und 2012: Aufschwung setzt sich fort, Risiken bleiben bestehen, wifo-Prognose 17.12.2010, www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=41014&typeid=8&display_mode=2 (25.8.2011)
- ²⁶ Handelsblatt-MorningBriefing@kompakt.handelsblatt-service.com, 18.8.2011
- ²⁷ Handelsblatt-Finance Today@kompakt.handelsblatt-service.com, 19.8.2011
- ²⁸ Bartel, R., Öffentliche Finanzen – wieder einmal anders betrachtet, in: WISO, Nr. 2/2008, S. 143-182, www.isw-linz.at/media/files/2_2008/LF-Bartel_02_08.pdf (8.8.2011)
- ²⁹ Stockhammer, E., Drei neoliberale Mythen zu Löhnen und Profiten, in: WISO, Nr. 1/2007, S. 52 ff., http://www.isw-linz.at/media/files/1_2007/LF_Stockhammer_01_07.pdf (12.9.2011)
- ³⁰ Walther, H., Die Wahl hat Obama schon verloren, a.a.O.
- ³¹ Bartel, R., Öffentliche Finanzen, a.a.O.
Bartel, R., Volkswirtschaft und Staat als Firmen? In: Kurswechsel, Nr. 2/2000, S. 91-99, http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/091_rainer_bartel.pdf (8.8.2011)
- ³² Samuelson, P.A., Succumbing to Keynesianism, in: Challenge, Nr. 1/1985, S. 4
- ³³ Walther, H., Die Wahl hat Obama schon verloren, a.a.O.
- ³⁴ Bartel, R., Inflation – eine volkswirtschaftliche Standortbestimmung, Arbeitspapier, JKU Linz 2011, <http://ocw.oeh.jku.at/ocw/SOWI%20Fakultät> (9.9.2011); Statistik Austria, 9.9.2011, a.a.O.
- ³⁵ Handelsblatt-MorningBriefing@kompakt.handelsblatt-service.com, 24.8.2011
- ³⁶ Krugman, P., Will there be a dollar crisis? In: Economic Policy, Nr. 3/2007, S. 435-467, www.economic-policy.org/article1.asp?src=bpl&aid=183&iid=51&vid=22&id (5.9.2011)

³⁷ Dahrendorf, R., Ein merkwürdiges Dokument, in: Welt online, 12.7.2004, www.welt.de/print-welt/article326836/Ein_merkwuerdiges_Dokument.html (24.8.2011)

³⁸ Klatzer, E., Schlager, C., Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution, in: Kurswechsel, Nr. 1/2011, S. 61

Gerade das Beispiel der USA zeigt die Problematik rigider Regelungen der Staatsfinanzen auf: „Die gesamten Konjunkturpakete, die Obama bisher durchgesetzt und umgesetzt hat, haben nur den Effekt gehabt, dass die negativen Nachfrageeffekte der Budgetkürzung auf Ebene der Bundesstaaten und Gemeinden geringfügig abgeschwächt wurden. Die meisten Bundesstaaten sind ja per Gesetz verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt zu haben. (...) Obama hat in der Schuldendebatte vor den Republikanern total kapituliert – die Sparmaßnahmen, die er mit den Republikanern ausgehandelt hat, treffen vor allem die untersten Einkommensschichten. (...) Er hat sich von den Republikanern zu sehr erpressen lassen, viel zu wenig gekämpft“: Walther, H., Die Wahl hat Obama schon verloren, a.a.O.

³⁹ Schulmeister, S., Europäischer Währungsfonds: fünf dringende Maßnahmen. in: derStandard.at, 9.8.2011, <http://derstandard.at/1311803094778/Europaeischer-Waehrungsfonds-fuenf-dringende-Massnahmen> (24.8.2011), vgl. auch <http://derstandard.at/1304553637131/Das-Spiel-der-Marktkraefte-gegen-den-Euro>, 3.6.2011 (24.8.2011)

⁴⁰ Collignon, S., Democratising Europe, in: Social Europe – the journal of the european left, Nr. 3/2007, S. 126-132, www.social-europe.eu/fileadmin/user_upload/journals/SocialEurope-7.pdf (24.8.2011)

⁴¹ Handelsblatt-MorningBriefing@kompakt.handelsblatt-service.com, 26.8.2011

⁴² derStandard.at, 5.5.2011

⁴³ Handelsblatt-MorningBriefing@kompakt.handelsblatt-service.com, 9.9.2011